



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/89 - 17.4.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Zur USA-Garantie-Erklärung	S.1
Brief aus Wien	S.2
Die Bundesrepublik - Sammelplatz der Geheimdienste	S.4
Sorgen der "Buden"-Besitzer	S.6

Die Karfreitaggarantie aus den USA

AE. Als ein historischer Wendepunkt wurde die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Eisenhower an die Regierungschefs der sechs EWG-Länder bezeichnet. Worin liegt eigentlich dieser Wendepunkt? Niemand hat bisher im Ernst bezweifelt, dass die Vereinigten Staaten den noch freien Teil Europas nicht sich selbst überlassen würden, wenn er das Opfer eines sowjetischen Angriffsaktes werden sollte. Doch bevor überhaupt von der EWG die Rede war, hatten die USA im Atlantikpakt ein mächtiges Instrument der Abwehr geschaffen und damit ihre unlösliche Verbundenheit mit Europa bekundet. Der feierliche Charakter der Eisenhower-Botschaft bekräftigt, gerade und soweit sie auch den Schutz der Bundesrepublik und Westberlins betrifft, nur frühere gegebene Zusicherungen, sie sagt aber nichts über Ausmaß, Umfang und Größe des amerikanischen Engagements, ausgedrückt in Divisionen und materieller Hilfe, in Europa aus. Darin liegt der Pferdefuss.

Die amerikanische Garantie ist vor allem an die Adresse Frankreichs gerichtet. Sie soll den Befürwortern der EWG den Rücken stärken und eine von Unsicherheit, Furcht und Unwillen erfüllte Kammer auf Vordermann bringen. Längst hat sich der Charakter der EWG verwandelt. Die Furcht vor den Deutschen und nicht die Angst vor der Sowjetrussen bestimmt das Grundgefühl der Franzosen. Nun sagt die Eisenhower-Botschaft den EWG-willigen-Abgeordneten des Pariser Parlaments: Wir erkennen euer Misstrauen als berechtigt an, wir werden schon dafür sorgen, dass die Deutschen in der EWG an der Kordelle gehalten bleiben. Kann aber eine auf solchen Misstrauen begründete Gemeinschaft, in der eine ausserhalb stehende Macht, die USA, die Rolle des stets exekutionsbereiten Polizisten gegen den deutschen Vertragspartner übernehmen, den Stürmen der kommenden Welt stand halten? Sie wird im Ernstfall auseinanderbrechen.

Frankreich wird sich dennoch mit der USA-Erklärung wohl kaum begnügen. Ausserdem verlangt es noch einen Preis - die deutsche Zustimmung zur Abtretung der Saar. Erst wenn dies vorliegt, will es die Debatte über die Ratifizierung der EWG fortsetzen. Das ist ein Meisterzug der geschmeidigen französischen Diplomatie, sie hat es durch die Politik der Vorleistungen des Bundeskanzlers zutage gebracht, auf Kosten der deutschen Position alle Trümpfe nun in die Hand zu bekommen. Am Ende dieses Leidensweges steht der Verlust der deutschen Einheit und der Verzicht auf die Saar.

+ + +

Wien - die sterbende Stadt

G.B. Wien, Mitte April

Eine Statistik errechnete, dass Wien im Jahre 2588 völlig ausgestorben sein würde, falls der seit 6 Jahren zu verzeichnende Geburtenrückgang gleichmässig weiter anhielte.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass Wien über ein hervorragendes Wirtschaftspotential verfügt, das vor allem durch seine geographische Lage bedingt ist. In grossen Zeiträumen gesehen, scheint die Entwicklung Wiens zu grosser Zukunft bestimmt. Eine Großstadt muss aber nicht nur als materiell-ökonomisches, sondern auch als biologisch-soziologisches Problem gewertet werden. Die Stadt Wien, der man mit dem Zusammenbruch der Monarchie den grossen Rahmen raubte, übte auf das verbliebene Hinterland nur noch wenig Anziehungskraft aus. Es versiegte nicht nur der Nachschub aus dem slawisch-magyarischen Bevölkerungsservoir, sondern auch aus den eigenen westlichen Bundesländern.

Dieses verhängnisvolle Versickern früher ständig zufließenden Bauernblutes findet vor allem darin seine Begründung, dass die Söhne der Bauern und Kleinhausler der westlichen Gebiete Österreichs den Eisernen Vorhang scheuen, der 60 Kilometer westlich von Wien seinen Anfang nimmt. Sie wandern heute vor allem in die Landeshauptstädte ab. Durch die weitere Tatsache, dass in Wien doppelt soviel Menschen sterben, wie geboren werden, steht die alte Kaiserstadt auf biologisch sehr schwachen Füßen. Während noch 1947 Wien 23550 lebend geborene Kinder zu verzeichnen hatte, waren es im Jahre 1951 nur noch 12000. In 4 Jahren also ein Absturz auf die Hälfte. Heute sind 60,8 Prozent der Wiener Familien kinderlos.

Diese Kinderlosigkeit ist nicht so sehr auf materielle Gründe zurückzuführen. Es spielen viele andere Einflüsse mit. So vor allem auch fehlender Lebensraum und beengende Wohnungsmöglichkeiten. Der Weg Wiens zur Millionenstadt war von einem latenten Mangel an Wohnraum begleitet. Er führte zur Massierung der Bevölkerung auf engstem Raum in kleinsten Wohnungen und schuf den Großstadtmenschen in negativem Sinne, der aus biologischer Kraftlosigkeit nicht mehr fähig scheint, die raumbestimmte Rolle der Stadt zu meistern. 83 Prozent der Wiener Wohnungen sind Kleinwohnungen ohne Vorraum, ohne Wasser, Luft und Sonne. Nur 8 Prozent des Stadtgebietes bestehen aus Grünflächen und 3600 Familien

kochen mit anderen zusammen auf dem gleichen Herd.

Dem biologischen Niedergang kann also vor allem nur gestoppt werden, wenn die Überlichte bestimmter Stadtviertel verringert und die Struktur des Wohnstandards gemäßigen geändert wird. Die österreichischen Sozialisten, die 1918 die Verwaltung der Stadt übernahmen, sahen es als ihre Hauptaufgabe an, ein weiteres Absinken aufzuhalten. Sie bedienten sich einer weitumfassenden, verantwortungsbewussten Wohnungspolitik, die nicht nur auf Quantität, sondern auch auf Qualität abgestimmt ist. Nach dem zweiten Weltkrieg baute die Stadtgemeinde Wien 36000 Wohnungen und jährlich wachsen etwa weitere 6000 Wohnungen aus dem Boden. Dieser umfassende soziale Wohnungsbau brachte bisher etwa 100.000 Familien ein schönes Heim. Unter behutsamer Beobachtung auf die natürlichen Gegebenheiten bemüht sich die Gemeinde weiterhin laufend einer großzügigen Stadtplanung, die Wien nach Süden wachsen und sich mit den nach Norden drängenden Industriezentren Niederösterreichs verzeichnen lässt. Analog versucht man dem Bevölkerungsproblem auch in materieller Hinsicht zu Leibe zu rücken.

Die Sozialisten stellten im Nationalrat einen Antrag auf ein Gesetz über Familienbeihilfe, das selbstverständlich nicht nur für Wien, sondern für Österreich überhaupt von weitreichender Bedeutung sein dürfte. Nach diesem Bundesgesetz, das am 1. Januar 1955 in Kraft treten soll, und Kinderbeihilfen, Heiratsbeihilfen, Ehestandsbeihilfen usw. umfasst, sollen nicht nur Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch selbständig Tätige in dem Genusse der vorgeschriebenen Beihilfen kommen. Alle österreichischen Staatsbürger mit Kindern sollen Beihilfen erhalten, und zwar S 105,- monatlich beim ersten Kind, S 240,- monatlich bei zwei Kindern, S 420,- monatlich bei drei, S 620,- bei vier Kindern und für jedes weitere Kind S 200,-. Für mittellose Personen ist zur Gründung eines Haushaltes ein Darlehen bis zur Höhe von S 10.000,- vorgesehen. Gerade von diesem Gesetz erwartet man ein Ansteigen der Fruchtbarkeit und damit einen Wiederaufstieg aus dem gefährlichen Absinken der biologischen Kräfte

Geheimdienste

MM. Der Abwehrchef der Dienststelle Blank soll für die Russen gearbeitet haben, und in seinem Haushalt soll eine Hausangestellte beschäftigt gewesen sein, die früher bei der Volkspolizei diente...

Der Bundeshausangestellte Kutscher reist nach Pankow, wartet bei einer ganz bestimmten Bedürfnisanstalt auf jemand und der sagt dann: "Gehen Sie weiter, ein Auto wird anhalten und Sie mitnehmen".

Der Richter im Kutscher-Prozess unterbricht plötzlich die Verhandlung und sagt: "Es ist mit soeben mitgeteilt worden, dass sich unter den Zuhörern ein Mann befindet, der für den französischen Nachrichtendienst arbeitet"...

Ein Mann namens Inigowski geht jeden Abend zur Rheinbrücke hinab und versteckt dort fotokopierte Akten im Holunderbusch...

Ein freundlicher und gebildeter Mann reist durch Deutschland, trinkt in Barm mit allen möglichen Leuten Kaffee, und eines Tages steht in der Zeitung, dass der Journalist Dr. Schnieper soeben verhaftet wurde, weil er für die Tschechen gearbeitet habe...

Das sind Fälle unter anderen Fällen, unter sehr vielen anderen Fällen. Da sind nicht genannt: die Affäre Vulkan oder die Sache Schneisser oder die Gemüsehändlerin Betty oder das Fotomodell Margarete Pfeiffer oder die Russin mit den grünen Augen und dem roten Buchspels. Nicht genannt sind diese Feld-, Wald- und Wiesen-Prozesse vor den alliierten Militärgerichten. Wieviel Fälle mag es geben, die gar nicht erst an die Öffentlichkeit kamen?

Herrliche Zeiten für die illustrierte Presse, im übrigen nicht sehr erfreulich. Hat es früher so etwas gegeben? Hat man früher bloss nicht darüber gesprochen?

Die Antwort ist einfach.

Nein, das hat es früher nicht gegeben, bei weitem nicht in diesem Ausmaß. Es ist eine Sache der Zahl. Es hat immer Geheimdienste gegeben. Aber heute gibt es mehr davon, viel mehr - mehr jedenfalls als nötig wäre. Wo es zuviel Geheimdienste gibt, da gibt es zuviel Spionage-Spektakel. Das ist es.

Dass die europäischen Großmächte auf deutschem Boden Nachrichtendienste unterhalten, das scheint heute so selbstverständlich zu sein, wie der Anblick ihrer Lastflanzüge. Niemand achtet sich danach um. Natürlich haben sie Geheimdienste. Man sieht sie nicht. Man weiß, dass sie da sind. Manchmal hört man Einzelheiten. Über die Franzosen zum Beispiel gab es Schmeisser aus. (Wo bleibt übrigens der Prozess?)

Wir haben auch deutsche Geheimdienste. Da ist zunächst der Verfassungsschutz. Jedes Land hat sein eigenes Verfassungsschutzamt, und da nun alle diese Ämter sehr föderalistisch aufgezogen, aber bei ihrer Arbeit keineswegs an die Ländergrenzen gebunden sind, kann man von einer ganzen Reihe verschiedener Dienste reden. Dann ist der Gehlen-Dienst da, dann der Abwehrdienst des Amtes Blank und dann - ja, wer weiß, was sonst noch alles da ist. Kürzlich bewegte sich im Restaurant des Bundeshauses ein Vorhang. Als der Vorhang beiseite gerissen wurde, versuchte jemand auszubrechen. Das war einer von den Diensten, die sonst noch da sind.

Wer diesen Dingen eine Minute des stillen Nachdenkens widmet, der wird sehr schnell herausfinden, dass es Dinge sind, die sich aus dem totalen Zusammenbruch ergaben und in denen daher beinahe so etwas wie historische Logik wohnt. Es wird daran aber auch sichtbar, dass Deutschland ein Land ohne Souveränität ist. Wir haben hier ein Symptom für unseren politischen Status. Die Bundesrepublik ist das Land des Wirtschaftswunders und des total balkanisierten Hintergrunds. Das arbeitet durcheinander und übereinander und gegeneinander. Das ist ein wahres Gewimmel unter der Oberfläche und am buntesten geht es in der Hauptstadt zu, von der einige Leute behaupten, es sei doch ein recht langweiliges Provinznest.

Wir das einmal anders werden? Wann wird es anders werden? Kann man so etwas regulieren? Hängt das nicht ein wenig auch mit dem Wesen der Nation zusammen, - mit der Würde der Einzelnen und der Würde des Ganzen? Kann man das Wesen eines Volkes ändern, das sogar die Tatsache seiner Spaltung ohne den Aufschrei des Zornes hinnimmt?

Die Gaststätte des Hastenden

16. 26000 Erfrischungshallen gibt es im bundesrepublikanischen Raum. Sie tätigen einen Milliardenumsatz und sind mit annähernd 200 Millionen DM am Steueraufkommen beteiligt. Fast hunderttausend Männer und Frauen leben davon, dass sie dem Strassenpassanten eine Flasche Cola oder Limonade durchs Außenfenster reichen, was sie meist mit einem Handgriff erledigen können, ohne in ihrem besagten Geschäftslokal auch nur einen Schritt tun zu müssen.

Im solchen Umfang hat sich der Gewerbezug "Trinkhalle" erst in allerjüngster Zeit entwickelt. Er blüht überall dort auf, wo die Errichtung einer Gaststätte wegen mangelnder Bevölkerungsdichte zu kostspielig war. Die fortschreitende Motorisierung und die Verkehrsverschiebung von der Schiene zur Strasse förderten sie nicht wenig, und daß sich letztere der Konsum von den alkoholischen Getränken ab und den alkoholfreien zuwandte, kam ihnen auch zugute.

Vor allem werden sie aber wohl deshalb von weitesten Schichten der Bevölkerung in Anspruch genommen, weil man sich an der "Bude" ohne alle Umstände und ohne jeden Aufwand an Kleidung bedienen lassen kann. Sie ist die Gaststätte des Hastenden und des - oft schlecht gekleideten - kleinen Mannes, der nur wenige Groschen in der Tasche hat.

Für diesen kleinen Mann, der mit dem Kauf einer kleinen Warenmenge ein momentanes Bedürfnis stillen will, sind die Erfrischungshallen auch zum Verkaufsgeschäft geworden - nicht zur Freude allerdings der Gaststätten- und Ladenbesitzer. Der Raucher deckt seinen Normalbedarf im Tabakwaren-Fachgeschäft, die Hausfrau macht ihre Einkäufe im Lebensmittel-, im Gemüse-, im Kaffee-Spezialgeschäft. Beide haben recht, wenn sie das tun. Die Trinkhallenbesitzer neiden den Fachläden das Normalgeschäft nicht. Sie behaupten nur, sie hätten sich zu einem besonderen Gewerbe entwickelt, das einen speziellen Kundenwunsch erfüllt, nämlich den "Bedürfniskauf" - den Kauf einer kleinen Warenmenge, die dem Kunden über die Zeit zwischen Geschäftsschluss und Wiedereröffnung der Läden hinweghilft.

10 Zigaretten, 3 Zigarren, 1 Tafel Schokolade, 1 Kleinstpackung Süßigkeiten, 1 Pfund Obst ist die Warenmenge, mit der die Trinkbuden heute den Heißhunger zu stillen gedenken. Mehr wollen sie gar nicht verkaufen dürfen. Aber sie hoffen, soviel gegen ihre "große" - und mächtigere - Konkurrenz durchdrücken zu können. Die 100.000 Budebesitzer haben sich mit einem entsprechenden Vorschlag an das Bundeswirtschaftsministerium gewandt, das jetzt einen Gesetzentwurf über die Ladenschlußzeiten fertiggestellt hat und dem Kabinett zuleiten will.